

# OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

## OA-Update 01 / 16. Januar 2025



Mit dieser ersten Ausgabe des Südosteuropa-Updates im neuen Jahr informieren wir Sie wieder über aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklungen in den Ländern der Region sowie über anstehende Veranstaltungen.

In der Rubrik Wirtschaftspolitik berichten wir über den vollständigen Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Schengen-Raum, die Ergebnisse der kroatischen

Präsidentenwahlen, die Regierungsbildung in Rumänien und die neuen Termine der Anfang Dezember durch das rumänische Verfassungsgericht annullierten Präsidentenwahlen sowie eine Reihe weiterer Entwicklungen.

Ein kurzer Rückblick auf die letzten Veranstaltungen des vergangenen Jahres sowie Hinweise zu Terminen und interessanten Publikationen runden auch diese Update-Ausgabe ab.

Die dynamischen Entwicklungen in einigen Ländern der Region gleich zu Beginn des Jahres lassen auf ein ereignisreiches Jahr 2025 schließen. Wir freuen uns auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Ihnen und begrüßen an dieser Stelle ganz herzlich Christoph Beeck (ProCredit Bank Deutschland) als neuen Sprecher unseres Arbeitskreises Südosteuropa, der den Staffelposten von Thomas Narbeshuber (BASF) übernommen hat. Herrn Narbeshuber danken wir herzlich für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit!

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

### **Bulgarien und Rumänien: Vollständiger Beitritt zum Schengen-Raum**

Seit dem 1. Januar sind nun auch die Personenkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raums mit Bulgarien und Rumänien abgeschafft. Damit haben die beide EU-Mitgliedstaaten nunmehr vollen Zugang zu den Vorteilen des Schengen-Raums. Die Tagesschau berichtet [hier](#).

### **Europäische Integration**

Am 18. Dezember 2024 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU und der Länder des Westlichen Balkans in Brüssel. Zu den Hauptthemen des Treffens gehörten die Förderung der EU-Integration, die politische Zusammenarbeit, die wirtschaftliche Entwicklung und die aktuellen geopolitischen Herausforderungen. Der Gipfel wurde erstmals von Antonio Costa in seiner neuen Rolle als Präsident des Europäischen Rates geleitet. Weitere Informationen, Details sowie die Abschlusserklärung des Gipfels sind auf der Webseite der Europäischen Kommission [hier](#) verfügbar.

Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro haben beim Ministerrat der Energiegemeinschaft am 13. Dezember darum gebeten, die ursprünglich für den 1. Januar 2026 geplante Einführung der grenzüberschreitenden CO2-Steuer (CBAM) zu verschieben. Balkan Green Energy News berichtet [hier](#).

### **Albanien**

Am 21. Dezember hat die albanische Regierung beschlossen, den Zugang zu TikTok für mindestens ein Jahr zu deaktivieren. Hintergrund war der tragische Tod eines 14-jährigen Schülers, dem eine Auseinandersetzung in diesem sozialen Medium vorausgegangen sein soll. Regierungschef Edi Rama kündigte an, dass die Regierung Programme zur Unterstützung der medialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler und zur Begleitung der Eltern einführen werde. Euronews berichtet [hier](#) zur Entscheidung der Regierung und den Reaktionen in der Bevölkerung.

Am 17. Dezember 2024 hat die Europäische Union ein weiteres Cluster (Cluster 6) in den Beitrittsverhandlungen mit Albanien, die seit Oktober 2024 an Fahrt gewonnen haben, eröffnet. Bereits im Frühjahr sollen nach dem Willen des albanischen Premierministers Rama weitere Cluster eröffnet werden. European Western Balkans berichtet [hier](#).

*Zum Hintergrund: Im Februar 2020 hat die EU eine neue **Methodik für den Ablauf der Beitrittsverhandlungen** verabschiedet. Die 31 zu verhandelnden Kapitel sind seitdem in sechs thematische Cluster unterteilt worden. Eine Übersicht zu den einzelnen Verhandlungskapiteln und dem europäischen Beitrittsprozess ist auf der Seite der Europäischen Kommission [hier](#) verfügbar.*

### **Bosnien und Herzegowina**

Am 25. Dezember 2024 haben die Abgeordneten des Regionalparlaments der Republika Sprska (RS) beschlossen, für die EU-Integration von Bosnien und Herzegowina zentrale Entscheidungen und Gesetzesänderungen zu blockieren. Dieser Beschluss gilt als Reaktion auf

den laufenden Prozess gegen den Präsidenten der RS Milorad Dodik der sich Entscheidungen des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina Christian Schmidt widersetzt hatte. In einer gemeinsamen Erklärung der Botschaften der USA, Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Delegation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und des EU-Sonderbeauftragten in Bosnien und Herzegowina wurde die Erklärung des Regionalparlaments als ernste Bedrohung für die zukünftige EU-Integration des Landes verurteilt. Euractiv berichtet und dokumentiert die gemeinsame Presseerklärung [hier](#).

Am 18. Dezember wurde durch Vertreter der EU und Bosnien und Herzegowinas ein Grundsatzabkommen zur Zusammenarbeit mit Frontex unterzeichnet. Das Abkommen sieht vor, dass auf Ersuchen von Bosnien und Herzegowina Beamte des Ständigen Korps mit Exekutivbefugnissen eingesetzt werden können, um die bosnisch-herzegowinischen Behörden bei ihren Grenzschutzmaßnahmen zu unterstützen. Weitere Informationen finden Sie in der Pressemitteilung der EU [hier](#).

## **Bulgarien**

Die politische Lage in Bulgarien gestaltet sich weiter schwierig. Wie Euractiv am 16. Januar [hier](#) berichtet, könnte es aber bald zu einer Regierungsbildung kommen. Präsident Rumen Radew hatte am Tag zuvor der GERB das Mandat zur Regierungsbildung erteilt. Der vorangegangene Versuch der GERB eine Regierung unter Einbeziehung der Bewegung „Wir setzen den Wandel fort“ war zunächst gescheitert. Stattdessen solle GERB nun eine gemeinsame Koalition mit der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) und der Partei „Es gibt ein solches Volk“ anstreben.

## **Kosovo**

Am 20. Dezember 2024 hat die Kosovo Agency of Statistics die Ergebnisse des Zensus 2024 veröffentlicht. Demnach hat Kosovo in den letzten dreizehn Jahren fast zwölf Prozent seiner Bevölkerung verloren. 2011 lebten noch rund 1,8 Millionen Menschen im Land, 2024 waren es noch 1,6 Millionen Menschen. Allerdings basiert ein Teil der Zahlen auf Schätzungen, da viele Serben die Volkszählung boykottiert hatten. Mehr zu den Ergebnissen des Zensus hat der Spiegel [hier](#) zusammengefasst. Den offiziellen Bericht zum Zensus finden Sie auf der Website der Kosovo Agency of Statistics [hier](#).

## **Kroatien**

Die Stichwahl um das Präsidentenamt in Kroatien am 12. Januar konnte der amtierende Staatschef Zoran Milanovic für sich entschieden. Der von den kroatischen Sozialdemokraten unterstützte Milanovic setzte sich bei der Stichwahl mit 77,8 Prozent der Stimmen klar gegen den von der konservativen Regierungspartei HDZ unterstützten Ex-Minister Dragan Primorac durch. Im ersten Wahlgang am 29. Dezember 2024 hatte Milanovic die Wiederwahl für eine zweite Amtszeit mit 49,2 Prozent der Stimmen knapp verpasst. Der Präsident hat in Kroatien vor allem repräsentative Aufgaben, ist aber auch Oberbefehlshaber der Armee und vertritt das Land auf internationaler Ebene. STERN.de und die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichten jeweils von den Ergebnissen der Wahl. Den Beitrag des STERN finden Sie [hier](#). Die FAZ berichtet [hier](#) über die Wahlergebnisse.

## Montenegro

Die Silvesterfeiern in Montenegro wurden von einem Amoklauf überschattet: Zwölf Menschen starben am 1. Januar bei einem Attentat auf ein Restaurant nahe der Stadt Cetinje. Premierminister Milojko Spajic rief eine dreitägige Staatstrauer aus. Weitere Informationen zum Vorfall finden sich auf der Seite des ZDF [hier](#) und bei Euractiv [hier](#).

Am 16. Dezember 2024 konnte Montenegro im Rahmen des siebzehnten Treffens der Beitrittskonferenz in Brüssel vorläufig drei Verhandlungskapitel abschließen. Die geschlossenen Kapitel umfassen Kapitel 7 (Geistiges Eigentum), Kapitel 10 (Informationsgesellschaft und Medien) sowie Kapitel 20 (Unternehmens- und Industriepolitik). European Western Balkans berichtet [hier](#).

Wie Balkan Green Energy News am 17. Dezember 2024 berichtete, hat die montenegrinische Regierung eine Liste von 15 priorisierten Infrastrukturprojekten im Energiesektor verabschiedet, die für die Erfüllung der letzten verbleibenden Kriterien des Kapitels 21 – Trans-Europäische Netze – im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen des Landes erforderlich sind. Diese Projekte haben einen Gesamtwert von rund 1,38 Milliarden Euro. Die geplanten Projekte sollen nicht nur die regionale Energieversorgung verbessern, sondern auch Montenegro auf die Anforderungen der EU-Integration im Energiesektor vorbereiten. Eine vollständige Liste der Projekte kann unter Balkan Green Energy News [hier](#) abgerufen werden.

## Nordmazedonien

Am 9. Dezember 2024 wurde der ehemalige stellvertretende Premierminister Nordmazedoniens Artan Grubi vom US-Außenministerium mit Visarestriktionen belegt. Ebenso wurde Enver Bexheti, Richter am Berufungsgericht Nordmazedoniens, auf diese Liste gesetzt. Beide sollen in Korruption verwickelt sein und Bestechungsgelder angenommen haben. Die offizielle Mitteilung des US Department of State kann [hier](#) eingesehen werden.

## Rumänien

Am 23. Dezember 2024 wurde die neue Koalitionsregierung des sozialdemokratischen Premierministers Marcel Ciolacu vom Parlament bestätigt. Die pro-europäische Koalition setzt sich aus Ciolacus Sozialdemokraten, den Mitte-rechts-Liberalen und der ethnischen Ungarnpartei UDMR zusammen. Weitere Informationen zur Regierungsbildung und Bestätigung können auf Reuters [hier](#) abgerufen werden.

Bereits am 30. Dezember hat die Regierung per Notfalldekret eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Steuerpolitik verabschiedet und Begrenzungen von Löhnen und Renten im öffentlichen Sektor sowie einer Reihe von Subventionen beschlossen, die bereits mit dem Jahresbeginn 2025 wirksam geworden sind. Über die Details zu den beschlossenen Maßnahmen berichtet Euractiv [hier](#).

Nachdem die rumänischen Präsidentschaftswahlen am 6. Dezember vom Obersten Gericht nur zwei Tage vor der Stichwahl annulliert wurden, stehen nun die neuen Termine für die Präsidentschaftswahlen fest. Der erste Wahlgang wird demnach am 4. Mai, die Stichwahl am 18. Mai stattfinden. Weitere Informationen zu den Kandidaten und den Wahlterminen sind

auf Politico [hier](#) verfügbar. Details zu den Hintergründen der rumänischen Wahl und Lasconis Teilnahme finden sich auf Euractiv [hier](#).

## Serbien

Anfang Januar hat das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums Sanktionen gegen zwei der größten russischen Ölkonzerne, Gazprom Neft und Surgutneftegas, verhängt, derer sich auch Großbritannien angeschlossen hat, wie das Handelsblatt [hier](#) berichtet. Betroffen ist davon auch die Beteiligung von Gazprom Neft am größten Mineralölunternehmen Serbiens NIS Novi Sad, die aktuell bei 50 Prozent liegt. Die serbische Regierung hat eine Frist von insgesamt 45 Tagen, eine Übernahme der russischen Anteile zu organisieren. Zu den Hintergründen berichten BalkanInsight [hier](#) und Euractiv [hier](#).

Unterdessen halten die Proteste gegen die Regierung und den Präsidenten in Serbien auch zu Jahresbeginn an. Auslöser war der Einsturz des Bahnhofsvordaches in Novi Sad im November 2024, bei dem 15 Menschen, darunter zwei Kinder, ums Leben kamen. Hauptforderung ist die Aufklärung des Unglücks und die Identifizierung der Verantwortlichen, die dafür zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Deutschlandfunk berichtet [hier](#).

Am 10. Dezember 2024 begrüßte Bundeskanzler Olaf Scholz den serbischen Präsidenten Aleksandar Vucic in Freiberg. Gemeinsam besuchten sie das Sächsische Oberbergamt, wo sie sich über nachhaltige Lithiumgewinnung informierten. Das Treffen steht in Zusammenhang mit der Rohstoffpartnerschaft zwischen Serbien und der EU, die Anfang Juli 2024 unterzeichnet wurde und die sich vor allem auf das größte europäische Lithium-Förderprojekt im serbischen Jadar-Tal bezieht. Das Pressestatement der Bundesregierung kann [hier](#) eingesehen werden.

## Konjunktur

Der Ost-Ausschuss hat auf Basis der Zahlen des Statistischen Bundesamtes die aktuellen Handelszahlen für den Zeitraum Januar bis November 2024 berechnet. Der Handel mit den Ländern Südosteuropas erreichte in diesem Zeitraum einen Gesamtwert von knapp 89 Milliarden Euro und wuchs damit um 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Damit setzt die Region ihre positive Entwicklung fort, während der deutsche Gesamthandel im fraglichen Zeitraum um 2,3 Prozent abnahm.

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg.über Vorjahr		
	Jan - Nov. 2024	Jan - Nov. 2023	Jan - Nov. 2024	Jan - Nov. 2023	Jan - Nov. 2024	Jan - Nov. 2023	Einfuhr	Ausfuhr	Handels- umsatz
Rumänien	39.449.361	38.525.178	18.483.514	17.990.820	20.965.847	20.534.358	2,7	2,1	2,4
Slowenien	13.223.241	12.858.379	6.516.935	6.531.716	6.706.306	6.326.663	-0,2	6,0	2,8
Bulgarien	11.726.832	11.116.854	6.217.494	5.582.979	5.509.338	5.533.875	11,4	-0,4	5,5
Serbien	8.773.601	8.205.184	4.328.955	4.100.707	4.444.646	4.104.477	5,6	8,3	6,9
Kroatien	7.527.297	7.263.787	2.304.114	2.252.660	5.223.183	5.011.127	2,3	4,2	3,6
Nordmazedonien	4.489.129	4.767.051	3.169.348	3.523.911	1.319.781	1.243.140	-10,1	6,2	-5,8
Bosnien und Herzegowina	2.327.961	2.418.419	1.102.331	1.229.024	1.225.630	1.189.395	-10,3	3,0	-3,7
Albanien	626.916	575.207	202.170	206.661	424.746	368.546	-2,2	15,2	9,0
Kosovo	466.277	410.384	91.995	88.928	374.282	321.456	3,4	16,4	13,6
Montenegro	232.851	194.704	31.217	31.198	201.634	163.506	0,1	23,3	19,6
<b>Gesamt-WB 6</b>	<b>16.916.735</b>	<b>16.570.949</b>	<b>8.926.016</b>	<b>9.180.429</b>	<b>7.990.719</b>	<b>7.390.520</b>	<b>-2,8</b>	<b>8,1</b>	<b>2,1</b>
<b>SOE Handel Gesamt</b>	<b>88.843.466</b>	<b>86.335.147</b>	<b>42.448.073</b>	<b>41.538.604</b>	<b>46.395.393</b>	<b>44.796.543</b>	<b>2,2</b>	<b>3,6</b>	<b>2,9</b>
<b>Deutscher Handel Gesamt</b>	<b>2.658.064.320</b>	<b>2.720.736.267</b>	<b>1.216.665.968</b>	<b>1.259.642.038</b>	<b>1.441.398.352</b>	<b>1.461.094.229</b>	<b>-3,4</b>	<b>-1,3</b>	<b>-2,3</b>

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2024, Stand: Stand: 06.01.2025, Berechnungen des Ost-Ausschusses



### Neues Jahr, neue Chancen: Startsignal für den 22. Jahrgang

Die Vorbereitungen für die 22. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft laufen bereits auf Hochtouren: Für die Länder Serbien und Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina wurden bereits hochqualifizierte, engagierte junge Talente vorausgewählt, die ab Juli 2025 für drei bis sechs Monate als Praktikanten und Praktikantinnen in deutschen Unternehmen arbeiten werden. Weitere Auswahlgespräche finden in diesem Monat für Kosovo und Nordmazedonien statt, während im Februar die Auswahl für Montenegro und Albanien folgt. Dank der guten Kooperation mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), welches seit mehr als 20 Jahren das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft in einer einzigartigen Partnerschaft mit der Deutschen Wirtschaft trägt, freuen wir uns auch in diesem Jahr wieder 65 Stipendienplätze an junge Talente zu vergeben und den Impuls für Wandel setzen zu können.

### Wachsen Sie mit uns: Stärken Sie Ihr Unternehmen durch Ausbildung und internationale Netzwerke

Das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft ermöglicht es Unternehmen, junge Nachwuchskräfte aus den Ländern des Westlichen Balkans und Kroatiens in Deutschland fortzubilden und eventuell längerfristig für eine Beschäftigung in Tochter- oder Partnerunternehmen in der Region zu gewinnen. Die Stipendiaten und Stipendiatinnen werden passgenau ausgewählt und vor Beginn der drei- bis sechsmonatigen Praktika intensiv vorbereitet.

Das Stipendienprogramm bietet zahlreiche Vorteile:

- **Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten:** Sie können an den Auswahlgesprächen teilnehmen und erhalten Profile verschiedener Kandidaten. Die finale Auswahl obliegt Ihrem Unternehmen.
- **Organisation:** Das Programm übernimmt alle administrativen Aufgaben, einschließlich Visa, Arbeitserlaubnis und Versicherung. Zudem werden die Reiseorganisation und die Vorbereitung der Praktikantinnen und Praktikanten übernommen.
- **Finanzierung:** Die Nachwuchskräfte erhalten ein monatliches Stipendium, während Ihr Unternehmen ein angemessenes Praktikumsgehalt zahlt.
- **Netzwerk:** Als Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben Sie Zugang zu einem aktiven Alumni-Netzwerk, das regelmäßig Weiterbildungsmaßnahmen anbietet. Das Netzwerk unterstützt zudem die Rekrutierung von qualifizierten Arbeitskräften in der Region.

## Registrieren Sie sich und setzen Sie auf die Fachkräfte von morgen

Unternehmen, die am Stipendienprogramm teilnehmen möchten, können sich noch bis zum 31. Januar 2025 online [hier](#) anmelden. Mit Ihrer Teilnahme profitieren Sie nicht nur von der Ausbildung zukünftiger Teammitglieder, sondern auch von einem praxisorientierten Netzwerkaufbau in der Region. Deutsche Unternehmen, die in den Ländern des Westlichen Balkans tätig sind oder dies planen, können durch das Programm ihre regionalen Partnerschaften und Netzwerke stärken. Mehr als 260 führende deutsche Unternehmen haben bereits von diesem Programm profitiert. Weitere Informationen finden Sie [hier](#). Bei Fragen steht Ihnen Antje Müller ([a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)) gerne zur Verfügung.

## Jahresauftakt für das Regionale Alumni Netzwerk

Den Jahresauftakt für das Alumni Netzwerk bildet das Treffen der Koordinatorinnen und Koordinatoren vom 17.01 bis 19.01 in Skopje mit dem Ziel, Schwerpunkte für die Jahresplanung des Alumni-Netzwerkes zu definieren. Bei Fragen zu Kooperationen mit dem Alumni Netzwerk steht Ihnen Antje Müller ([a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)) gerne zur Verfügung.

## Veranstaltungsnachlese

---

### Staffelübergabe in der letzten Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa im Jahr 2024

Thomas Narbeshuber (BASF) wurde nach fast vier Jahren als Sprecher des Arbeitskreises Südosteuropa (LAK) am 6. Dezember 2024 verabschiedet. Er übergab gleichzeitig den Staffelstab an Christoph Beck (ProCredit Bank Deutschland). Gemeinsam mit Vertretern von Auswärtiges Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zogen die teilnehmenden Mitgliedsunternehmen Bilanz eines ereignisreichen Jahres, in das unter anderem das zehnjährige Jubiläum des Berlin Prozesses für die Länder des Westlichen Balkans fiel, das wichtige Fortschritte bei der Umsetzung des CEFTA-Abkommens und der Verwirklichung eines gemeinsamen regionalen Markts brachte. [Hier](#) geht es zum LinkedIn Post.



### Briefing zum Ausgang der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Rumänien:

Am 1. Dezember fanden reguläre Parlamentswahlen in Rumänien statt. Zudem annullierte das rumänische Verfassungsgericht am 6. Dezember die Präsidentschaftswahlen wegen Unregelmäßigkeiten im Wahlkampf. Aus diesen Anlässen organisierte die Ost-Ausschuss-Regionaldirektion am 10. Dezember kurzfristig für alle Mitgliedsunternehmen einen Online-Austausch über die Ergebnisse der Wahl, die Hintergründe der Annullierung der Präsidentschaftswahlen und mögliche Auswirkungen auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens.

## Kommende Veranstaltungen

---

- **30. Januar:** Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses in Berlin, ab 17:30 Uhr – *(nur mit persönlicher Einladung)*
- *Save the date:* **12. Februar:** Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa, 9:30 - 11:30 Uhr (online) – *nur für Mitglieder*



## Tipps & Links

---

Zu den aktuellen **Protesten in Serbien** und sich verändernden Einstellungen unter Jugendlichen hat die Friedrich Naumann Stiftung am 27. Dezember einen Beitrag veröffentlicht. Dieser ist auf der Seite der Stiftung [hier](#) abrufbar.

Ebenfalls auf der Seite der Friedrich Naumann Stiftung finden Sie [hier](#) eine aktuelle Bewertung der **kroatischen Präsidentschaftswahlen**.

Auf der Seite des European Council on Foreign Relations (ECFR) ist jetzt die Studie „**Balka-Seltzer: How to avoid excess gas in the Western Balkans**“ neu erschienen. Die Autoren werfen einen Blick auf die aktuellen Herausforderungen der Energiepolitik der Länder des Westlichen Balkans auch vor dem Hintergrund der Integration mit dem europäischen Energiemarkt. Den am 20. Dezember publizierten Beitrag finden Sie auf der Webseite des ECFR [hier](#).

In einem Beitrag auf der Seite des German Marshall Fund (GMF) wirft die Autorin einen Blick auf die Frage wie die EU und die USA gemeinsam die **geopolitischen Herausforderungen in den Ländern des Westlichen Balkans** managen könnten. Den Beitrag finden Sie [hier](#) auf der Webseite des GMF.

Welche **Auswirkungen die Wiederwahl von Donald Trump** auf die politischen Entwicklungen in den Ländern des Westlichen Balkans haben könnte, analysiert Vedran Dzihic, Österreichische Institut für Internationale Politik (OIIP). Den Beitrag finden Sie auf der Webseite des OIIP [hier](#).

Mitte Dezember hat Amnesty International unter dem Titel „**Serbia: Authorities using spyware and Cellebrite forensic extraction tools to hack journalists and activists**“ eine Analyse zum Einsatz moderner Spionagesoftware und digitaler Forensik-Tools veröffentlicht. Die Pressemitteilung und den Link zur Analyse von Amnesty International finden Sie [hier](#).

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#) und auf [LinkedIn](#).

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

## Kontakt

---



**Anja Quiring**

Regionaldirektorin Südosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

T. +49 30 206 167-130

[a.quiring@oa-ev.de](mailto:a.quiring@oa-ev.de)



**Antje Müller**

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft  
für die Länder des Westlichen Balkans

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.**

T. +49 30 206167-137

[a.mueller@oa-ev.de](mailto:a.mueller@oa-ev.de)



**Kathrin Enzenhofer**

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

T. +49 30 206 167-131

[k.enzenhofer@oa-ev.de](mailto:k.enzenhofer@oa-ev.de)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Disclaimer zum Haftungsausschluss:**

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



**Presse-Kontakt**

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

[a.metz@oa-ev.de](mailto:a.metz@oa-ev.de)

T. +49 30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)



@OstAusschuss